

Hinter den Kulissen der Macht

Von A wie ABDA bis Z wie ZIV: Der Lobbyismus blüht in Berlin. Mehr als 2.000 registrierte Verbände nehmen Einfluss auf die Politik, hinzu kommen selbstständige Agenturen, Berater und Anwaltskanzleien

Von Ulla Thiede

Hans Eichel ist in seiner Finanzministerzeit als Sparschweinsammler bekannt geworden, bei seinem Parteifreund Hans-Peter Bartels zieren Panzer und Kampfflugzeuge in Spielzeuggröße ein Regal. Eine der Miniaturen schmückt das Logo von Rheinmetall Defence. Fotos an den Wänden seines Abgeordnetenbüros im Berliner Paul-Löbe-Haus zeigen den Parlamentarier an der Seite von Franz Josef Jung und Karl-Theodor zu Guttenberg, als diese noch Verteidigungsminister waren. Man muss nicht fragen, mit welcher Materie sich Bartels als Parlamentarier beschäftigt: Er sitzt im Verteidigungsausschuss.

Und da liegt schon ein Problem: Wie bleibt man als wichtiger Ansprechpartner der Rüstungslobby sauber? Der 50-jährige Sozialdemokrat Bartels stammt aus Kiel – eine Hochburg der Rüstungsindustrie. Die SPD hat sich dort schon 1972 verpflichtet, keine Spenden von Firmen und Verbänden anzunehmen. „Schon der böse Anschein ist der Demokratie abträglich“, erklärt Bartels. Ein Satz, den Politiker gewiss auch auf private Beziehungen übertragen sollten. Bundespräsident Christian Wulff hat es nicht getan, als er vom Unternehmerehepaar Erkens den günstigen Kredit anahm und später durch ein extrem zinsverbilligtes Darlehen der BW-Bank ablöste.

Bei den Bürgern wächst das Misstrauen in die Politik, auch durch solches Verhalten. Eine beunruhigende Zahl: Sieben von zehn Befragten meinten in einer Umfrage von Transparency International, dass die Bestechlichkeit in Deutschland zugenommen habe. Sie sehen die Politik im Würgegriff der Wirtschaft, die ihre professionellen Einflüsterer in den Bundestag und die Ministerien schickt, um das Gesetzgebungsverfahren in ihrem Sinne zu lenken.

Lobbyisten nennt man diese Einflüsterer gemeinhin, sie selbst sprechen lieber von „politischen Beratern“ oder „Interessenvertretern“, weil sie genau das tun: die Interessen eines Verbands oder Unternehmens vertreten.

Michael Fuchs ist ein viel beschäftigter Mann. Er hat schon auf beiden Seiten des Geschäfts reichlich Erfahrung gesammelt: als Unternehmer und Lobbyist sowie als Bundestagsabgeordneter. Sein Büro verrät etwas über seine Bedeutung in der Unionsfraktion: Beim stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion hat ein großer, runder Besprechungstisch neben dem ausladenden Schreibtisch Platz. Der gebürtige Koblenzer erinnert sich: „In Bonn hatte die Politik wesentlich weniger direkte Firmenkontakte. In Berlin unterhält jedes große Unternehmen seine eigene Repräsentanz.“ Früh um neun hat Fuchs an diesem Morgen schon zwei Frühstückstermine hinter sich. Am Abend muss er eine Rede beim Zentralen Verband der Elektroindustrie halten, und es liegen Einladungen von General Electric und der Deutschen Börse vor. Zehn Terminanfragen mindestens flattern täglich herein.

Das vertrauliche Gespräch ist für Lobbyisten das wichtigste Instrument ihrer Arbeit. Wer mit wem verkehrt, soll nur herauskommen, wenn man signalisieren will, dass die Kontakte breit gestreut und hochrangig sind. „Ich sage einem CDU-Politiker schon mal, dass ich gleich einen von der SPD treffe. Aber über den Inhalt meiner Gespräche darf ich nicht mit Dritten sprechen“, erklärt ein Lobbyist, der Namen und Auftraggeber nicht veröffentlicht sehen will. „Wir machen klassische Kommunikationsarbeit“, beschreibt dieser Interessenvertreter seine Aufgabe. „Meine Argumente müssen plausibel, schlüssig und mit Fakten unterlegt sein.“ Nur dann sei man als Lobbyist vertrauenswürdig und könne überzeugen. Er meint es ernst.

Und gegenteilige Erfahrungen? Nur schwarze Schafe, Einzelfälle? Vertraue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast, lautet ein geflügeltes Wort. Dasselbe lässt sich über Gutachten sagen. So warnte der Verband der chemischen Industrie (VCI) im Vorfeld der EU-Chemikalien-Richtlinie REACH davor, wenn sie eingeführt werde, koste dies über zwei Millionen Jobs. Der damalige



Kontaktbörse Hotel Adlon am Pariser Platz: Bank-Chef Josef Ackermann bei einem Führungstreffen der Wirtschaft, die Deutsche Bank finanziert unter anderem die Interessengemeinschaft Deutsches Institut für Altersvorsorge DIA, Gastgeberin Anne Maria Jagdfeld im exklusiven China Club (rechts)

Bundeskanzler Gerhard Schröder, später auch Merkel intervenierten in Brüssel, um die Vorgaben für Chemikaliestests abzuschwächen. Der deutsche Druck hatte Erfolg. Das Umweltbundesamt stellte später fest: Eine vom VCI bestellte Studie operierte mit Parametern, die zu hoch gegriffen waren.

Die Studie hatte damals die Anwaltskanzlei Arthur D. Little geliefert. Auch Bundesministerien ziehen immer wieder Rechtsanwaltsfirmen als Berater hinzu und setzen die Politik dem Verdacht aus, sich zum willfährigen Handlanger von Wirtschaftsinteressen zu machen. Unvergessen, dass Karl-Theodor zu Guttenberg in seiner Zeit als Bundeswirtschaftsminister einen Gesetzentwurf in Umlauf brachte, auf dem noch das Logo der Kanzlei Linklaters prangte.

„Lobbyismus ist keine schlechte Sache.“ Den Satz würde nicht nur CDU-Mann Fuchs unterschreiben. In diesem Fall stammt er vom Grünen Volker Beck. „Ob die Deutsche Bischofskonferenz oder der Lesben- und Schwulenverband, ob die Solarindustrie oder das Deutsche Atomforum hier ihre Interessen vortragen: Das ist nichts Schlechtes. Wir haben als Parlamentarier die Aufgabe, die Argumente zu wägen und im Interesse des Allgemeinwohls auszugleichen“, erklärte der Abgeordnete im vergangenen Frühjahr, als der Bundestag auf Antrag der Opposition über die Einführung eines Lobbyistenregisters debattierte. Argumente richtig einschätzen kann man aber nur, wenn man weiß, wer für wen spricht. Transparenz, wie sie die gläserne Kuppel des Reichstages signalisiert, soll kein leeres Versprechen sein.

Die Transparenz-Forderung ist um so wichtiger, als in den vergangenen Jahren vermeintlich unabhängige Vereinigungen auf den Plan getreten sind, hinter denen sich knallharte Wirtschaftsinteressen verbergen. Beispiele sind die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und das Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA), das regelmäßig mit Experten für die private Alterssicherung herauskommt. Die INSM wirbt als parteiübergreifende Vereinigung für sich. Doch ihr Sieben-Millionen-Euro-Etat stammt von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie, hinter dem Institut DIA steckt die Finanzwirtschaft, allen voran die Deutsche Bank.

Lobbyismus in Bonn hielt sich in Hinterzimmern, in den Büros von Abgeordneten und Ministerialbe-

amten. In Berlin geht die Zunft auch an die Öffentlichkeit. Die INSM liefert Textbausteine an Journalisten und vermittelt Gesprächspartner für Fernseh-Talkshows. Und sie verschickt Lehrmaterial über Wirtschaftsthemen an Schulen. Fachfremde Lehrer, die mit Wirtschaft während des Studiums gar nichts zu tun hatten, seien froh, wenn sie im Unterricht darauf zurückgreifen könnten, berichtet Christoph Heilmeyer vom Verein LobbyControl. Bei den Vorschlägen, wie die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden könne, dominieren freilich die Vorschläge der Arbeitgeber.

Natürlich sucht die Wirtschaft auch räumlich die Nähe zur Politik in Berlin. In einem wenige Quadratkilometer großen Umkreis um Bundeskanzleramt und Reichstagsgebäude liegen nicht nur Touristenmagneten wie das Brandenburger Tor, Strandbars und Luxusrestaurants. Im Bezirk Mitte sind auch die meisten Verbände, Hauptstadtpresidenten der großen Unternehmen, PR-Agenturen und Beratungsfirmen angesiedelt. Der Boulevard Unter den Linden und die ihn kreuzende Friedrichstraße sind die beiden Lobbymeilen der Bundeshauptstadt.

Bertelsmann und ENBW, Deutsche Börse und BMW, Deutsche Bank und RAG präsentieren sich auch für das Laufpublikum von ihrer attraktiven Seite – mal im historischen Gewand, mal im Glas-Stahl-Betonlook.

Manche Orte versprechen Exklusivität und Verschwiegenheit, wie der China Club von Gastgeberin Anne Maria Jagdfeld im Hotel Adlon am Pariser Platz, wo eine Privatmitgliedschaft 10.000 Euro Aufnahmegebühr kostet und der Gast zwischen Mao-Figurinen und Holzvertäfelungen aus alten chinesischen Teehäusern speist. Auch Fuchs schätzt die Küche von Spitzenkoch Tam Kok Kong aus Singapur.

Der Showroom von VW hingegen ist ein Ereignis für die ganze Familie. „Begegnung, Erlebnis, Faszination“ wirbt das „Automobil Forum“ an der Kreuzung Linden-Friedrichstraße. Die Väter fotografieren den schwarzen Bugatti, die Kinder klettern in den Campingwagen „California Comfortline“. Und die kunstliebende weibliche Begleitung kann sich im

Kellergeschoss eine Gemälde- und Fotografeausstellung ansehen, die den Bogen vom Berlin von heute zu den aufregenden zwanziger Jahren schlägt.

Europa und die Globalisierung, Liberalisierungsgesetze und die digitale Revolution haben das Lobbyistenheer an die Wirtschaftswelt heran gelassen. Immer neue Akteure sind hinzugekommen, weil neue Branchen entstanden sind und neue Themen und Probleme die Gesellschaft bewegen. Mehr als 2.000 Verbände sind auf der Liste des Bundestages registriert, von A wie ABDA (Bundesvereinigung der Arbeitgeverbände) bis Z wie ZIV (Industrieverband für Zweiräder). Auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die für Umweltschutz,



Unter den Linden: Der Boulevard wird von den Lobbymeilen in der Bundeshauptstadt

Verbraucherinteressen und Minderheiten einreten, sind gelistet. Verfehlt, sind die lobbyierenden Konzerne, sowie selbstständige Berater und Anwaltskanzleien, die zwischen Politik und Wirtschaft vermittelt.

Bundestagspräsident Norbert Lammert bestreitet nicht, dass mehr Transparenz wünschenswert wäre, warnt aber vor übertriebenen Hoffnungen. „Es gibt immer Regelungslücken, aber jeder Versuch, diese zu schließen, führt nicht selten zur Entdeckung neuer offener Fragen“, sagt der CDU-Politiker. Bisher hat sich Schwarz-Gelb nicht auf die Forderung der Opposition nach einem erweiterten Lobbyistenregister eingelassen, das verpflichtend sein sollte.

In der Arbeitsgruppe „Demokratie“ der SPD-Bundestagsfraktion, deren Sprecher Verteidigungssekretär Bartels ist, hat man Vorschläge für neue Transparenzregeln unterbreitet. Bartels macht sich keine Illusionen über die Wirksamkeit: „Es gibt keine perfekten Regeln, da ist oft

eine Balance zu halten.“ Manche Abgeordneten haben begonnen, akribisch auf ihrer Internetseite jeden Kontakt zu Lobbyisten zu vermerken. Dazu zählt der Bonner SPD-Politiker Ulrich Kelber.

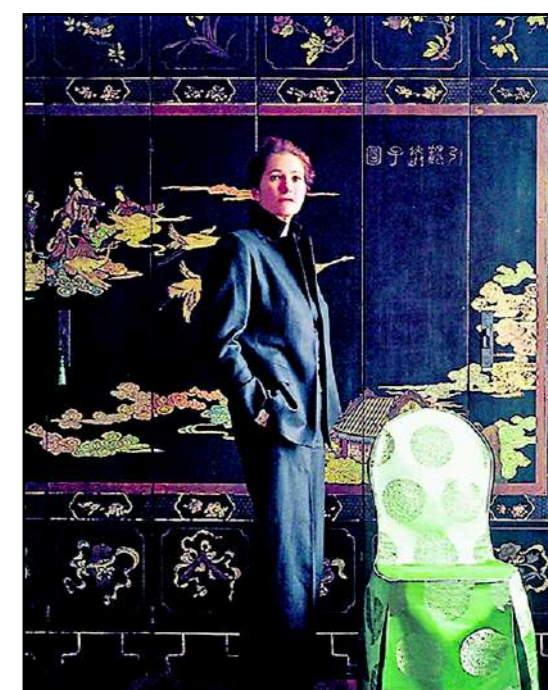
Dabei ist keine Partei vor anrüchigen Praktiken gefeit. Bekannte Beispiele sind Regierungsmitglieder, die aus dem Staatsamt direkt in die Wirtschaft wechseln – wie Kanzler Gerhard Schröder, der zu Gazprom ging, oder Werner Müller, wenn auch parteilos, was keinen Unterschied macht: Erst war da die strittige Ministererlaubnis für den Zusammenschluss von Eon und Ruhrgas, dann übernahm der Ex-Wirtschaftsminister den Chefposten bei der Ruhrkohle AG. Größter Aktionär des Unternehmens: Eon. Eine Fusion im Gemeinwohlinteresse war es mit Sicherheit nicht.

Konkurrenten auf dem Gasmarkt, etwa kommunale Versorger, hätten seit dem Zusammenschluss enorme Schwierigkeiten, günstige Gaslieferverträge abzuschließen, erklärt die Deutsche Umwelthilfe.

Auch die Grünen haben ihre kritischen Seitenwechsel gehabt, von Christdemokraten ganz zu schweigen. Jüngster Fall: der hessische

Ministerpräsident Roland Koch. Erst machte er sich für die umstrittene neue Landebahn auf dem Frankfurter Flughafen stark, dann wechselte er in den Baukonzern Bilfinger Berger, der an diesem Bauprojekt beteiligt war. Die Wirtschaft reizt an diesen politischen Schwergewichten, dass deren Drähte in die Politik noch heiß sind. Für LobbyControl der Grund, eine dreijährige Karenzzeit für Minister und Staatssekretäre zu fordern, bevor sie in ein Unternehmen wechseln dürfen.

Auf europäischer Ebene in Brüssel tummelt sich noch einmal ein Vielfaches der Lobbyistenzahl in Berlin. Schätzungen sprechen von 18.000 bis 30.000 politischen Interessengruppen. „Absurdes Lobbygeschick“ ist ein Foto auf der Website des grünen EU-Parlamentarier Sven Giegold überschrieben. Der 42-Jährige hat mitgeholfen, Attac Deutschland zu gründen, das Netzwerk der Globalisierungskritiker. Das Lobbygeschick ist ein in Leder gebundenes Notizbuch. Die Stadt Straßburg



Die Verbändeliste des Deutschen Bundestages

■ Auf der aktuellen Verbändeliste des Deutschen Bundestages sind 2.128 Verbände registriert. Vor 40 Jahren waren es noch rund 600 Organisationen.

■ Lobbykritische Vereine wie LobbyControl fordern, dass auch Unternehmen und PR-Firmen, die die Interessen Dritter wahrnehmen, sowie Rechtsanwaltskanzleien, die sich als Politikberater ausgeben, aber nicht unabhängig sind, ebenfalls registrieren lassen müssen, um Zutritt zum Bundestag zu bekommen.

■ In einem solchen verpflichtenden Transparenzregister müssten auch, so die Forderung, sämtliche Auftraggeber und die Geldflüsse offengelegt werden.

■ Heute reicht für Verbändemitarbeiter die Unterschrift von fünf Bundestagsabgeordneten oder eines Fraktionsvorsitzenden, um einen Hausausweis zu bekommen.

■ Die Verbändeliste im Internet www.bundestag.de/dokumente/lobby/index.html



Kleine Geschenke: Sieben von zehn Befragten glauben, dass die Bestechlichkeit in Deutschland zugenommen hat

LobbyControl

Der lobbykritische Verein mit Sitz in Köln setzt sich für mehr Transparenz und öffentliche Kontrolle des Lobbyismus ein.

Gegründet haben ihn 2005 junge Politikwissenschaftler. Der Verein hat fünf feste und fünf freie Mitarbeiter.

In Berlin bietet er regelmäßig **Stadtführungen** zu den Orten des Lobbyismus an.

Inzwischen gibt der Verein auch zwei **Reiseführer** heraus: den „LobbyPlanet Berlin“ und den „LobbyPlanet Brüssel“.

Info: www.lobbycontrol.de



LobbyControl: Mitglieder Dietmar Jazbinsek und Heidi Klein

Lobby

Der Begriff leitet sich vom englischen Wort **Lobby** her. Das Wort selbst bezeichnet die **Wandelhalle** im britischen oder amerikanischen Parlamentsgebäude, wo Interessengruppen Abgeordnete kontaktieren können.

Eine „Lobby“ bezeichnet darüber hinaus eine **Interessengruppe**, die Einfluss auf die Politik zu nehmen versucht.

Unter **Lobbyismus** versteht man die Gepflogenheiten von verschiedenen Interessengruppen, Regierungsmitglieder und Gesetzgeber zu beeinflussen.



Politik trifft Wirtschaft in Berlin: Empfang beim Verband der Automobilindustrie VDA mit Ex-Verteidigungsminister Franz-Josef Jung, Wirtschaftsminister Rainer Brüderle, VDA-Präsident Matthias Wissmann und Verkehrsminister Peter Ramsauer (linkes Bild von links); Sommerfest in der niedersächsischen Landesvertretung mit VW-Chef Martin Winterkorn und Ministerpräsident David McAllister (rechts)



Das ist auch der Grund, warum der CDU-Politiker Fuchs sagt: „Der Eindruck, dass Lobbyisten die politischen Entscheidungen so sehr beeinflussen, ist falsch. An einem Gesetz sind viele Ministerien beteiligt“, erklärt er. Da gäbe es immer wieder Blockademöglichkeiten. Für ein unternehmerisches, und das heißt ungeduldiges Temperament wie das von Fuchs sicherlich zu viele.